

## **Katholische Kirche in der Weimarer Republik: „Politischer Katholizismus“ zwischen Monarchie und Demokratie.**

Josef Pilvousek

Katholiken waren bis 1918 auf allen Ebenen des politischen und kulturellen Lebens in Deutschland unterrepräsentiert.<sup>1</sup> Die Erfahrungen des Kulturkampfes prägten das Denken und Verhalten vieler Katholiken bis in die Weimarer Republik und das Dritte Reich hinein. Als ausgegrenzte und bekämpfte Minderheit bildeten sie innerhalb des Deutschen Reiches eine weitgehend geschlossene Sondergesellschaft. Die katholische Kirche bot mit ihrem fest gefügten Werte- und Normensystem die primäre Orientierung in der Lebenspraxis. Die Gläubigen fühlten sich von einer tief verwurzelten, den Alltag umspannenden Frömmigkeit getragen; ein dichtes Geflecht katholischer Schulen, Vereine und Presseorgane prägte Zeiterfahrung und Lebensstil der Kinder und Jugendlichen ebenso wie der Erwachsenen.<sup>2</sup>

Zu den Überraschungen der Weimarer Republik gehörte, dass der Katholizismus scheinbar mühelos aus seinem kulturellen Exil zurückkehrte.

Bei deutschen Intellektuellen erwachte ein früher unbekanntes Interesse an katholischer Überlieferung. Nichtkatholische Zeitschriften behandelten katholische Gegenstände, nichtkatholische Verlage interessierten sich für Übersetzungen von Hymnen und Kirchenvätern. Bedeutende Gelehrte und Schriftsteller wie Max Scheler (1874-1928), Gertrud von le Fort (1876-1971), Theodor Haecker (1879-1945) konvertierten zur katholischen Kirche, die in Deutschland und Frankreich eine innere Neubelebung erfuhr.

Der anscheinend „irrationale“ Katholizismus erschien mit einem Male interessant. Max Scheler sprach selbstbewusst über „Deutschlands Sendung und den katholischen Gedanken“. Peter Wust, ein Schüler Schelers, behauptete nichts weniger, als dass sich in den letzten Jahren in der Haltung des katholischen Volksteils eine geradezu revolutionäre Wandlung vollzogen habe. Er sah eine neue deutsche Kulturfront sich formieren, die von Wien her über München und Frankfurt bis nach Köln reiche.

Als gar zu optimistisch erwies sich die Annahme Wusts von 1924, der Katholizismus sei aus seinem Exil und kulturellen Getto nicht nur „in sein Vaterland zurückgekehrt“, sondern in der Republik auch zur geistigen Offensive übergegangen.

Zwar stand der deutsche Katholizismus mit seinen Vertretern auf einigen Kulturgebieten unstrittig auf der Höhe der Zeit, aber er besaß keine Führungsposition in der Gesellschaft. Viel

---

<sup>1</sup> Vgl. Ulrich von Hehl, Staatsverständnis und Strategie des politischen Katholizismus in der Weimarer Republik, in: Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/ Hans Adolf Jacobsen (Hrsg.), Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Düsseldorf 1987, 238-253.

<sup>2</sup> Vgl. Karl-Joseph Hummel, Katholische Kirche, politischer Katholizismus und Drittes Reich, Ms.

zu sehr war man sich im deutschen Katholizismus in drängenden Zeitfragen uneinig, als dass man für die gesamte Nation hätte richtungweisend wirken können. Es gab in den verschiedenen Bewegungen und Gruppen kaum eine Wechselwirkung zum politischen und sozialen Katholizismus. Ja es bestand sogar die Gefahr, im Vertrauen auf die Kulturbedeutung der Werte katholischer Überlieferung an den politischen und sozialen Nöten der Zeit mit ihren aktuellen Aufgaben vorbeizusehen. Die Hochschätzung der katholischen Tradition konnte zudem die gefährliche Konsequenz heraufbeschwören, die Alltagsarbeit der Experten in Politik, Wirtschaft und Kultur gering zu schätzen, weil angeblich das katholische Weltbild Lösungen enthielt, auf die man nur zurückzugreifen brauchte. Im Folgenden wird zunächst der nicht unproblematische Begriff des politischen Katholizismus in den Blick genommen, um dann, gleichsam als Fallbeispiel, Thüringen und hier besonders den preußischen Teil, in den Blick zu nehmen.

### 1. Politischer Katholizismus und Katholische Parteien

Die der Reichsfeindschaft bezichtigten Katholiken hatten bereits im 19. Jahrhundert durch unterschiedliche Bewegungen, so durch soziale Aktivitäten, diesem Vorwurf entgegengewirkt und mit der 1870 gegründeten Deutschen Zentrumspartei eine Interessenvertretung der katholischen Volksminderheit gegründet. Der häufig gebrauchte Begriff „politischer Katholizismus“ sollte fortan für die Tätigkeit katholischer Politiker verwendet werden, auch wenn weder alle Katholiken die gleichen politischen Interessen teilten, die gleichen Parteien wählten oder die Kirchnähe der katholischen Parteien sich überproportional durch Repräsentanz von Geistlichen in ihren Reihen auszeichnete. Nach außen zeigte sich lediglich die Kirchnähe in einer Anzahl geistlicher Mandatsträger. Einmalig war dagegen, dass ein Priester, Prälat Ludwig Kaas (1881-1952), ab 1928 als Vorsitzender der Partei fungierte.

Dieses „Auftreten der Katholiken als politische Kraft in Staat und Gesellschaft“<sup>3</sup> und das Bemühen, bestimmte kirchliche Rechte und Freiheiten zu sichern, ohne das gesamte öffentliche Leben im katholischen Geist neu gestalten zu wollen,<sup>4</sup> wies dem Zentrum in der Weimarer Republik eine Schlüsselrolle zu.

Das Zentrum selbst verstand sich als politische Partei und verwahrte sich stets nachdrücklich gegen kirchliche Einmischungsversuche, auch wenn seine enge Bindung an die Kirche offen-

---

<sup>3</sup> Michael Klöcker, Der politische Katholizismus. Versuch einer Neudefinierung, in: Zeitschrift für Politik 18 (1971) 124-130, hier 130.

<sup>4</sup> Hans Maier, Revolution und Kirche. Zur Frühgeschichte der christlichen Demokratie, Freiburg-Basel-Wien

<sup>5</sup>1988, 27.

sichtlich blieb. Versuche, die konfessionelle Befangenheit zu überwinden und offen für alle Konfessionen zu sein, führten nie zum Erfolg.<sup>5</sup>

Auch eine Einigung aller katholischen politischen Kräfte kam nie zustande und erlebte sogar durch Abspaltung des bayrischen Zentrumsflügels (1918/19) und der Gründung der Bayerischen Volkspartei (BVB) eine zusätzliche Separierung.

Diese Zersplitterung des politischen Katholizismus drückte sich auch in den Wahlergebnisse von 1919 bis 1933 für das Zentrum und die BVP aus. Zwischen 1919 und 1933 ging der prozentuale Stimmenanteil von 17,9 auf 13,9 Prozent zurück.

Dass die Zentrumspartei dennoch in der Weimarer Republik eine bedeutende Rolle spielte ist dem Umstand zu verdanken, dass sie Volkspartei war, alle Schichten der Bevölkerung umfasste und so, trotz vieler Zerreißproben, zum innerpolitischen Interessenausgleich fähig war und damit koalitionsfähig für die Sozialdemokratie und (rechts-) bürgerliche Parteien.

Pragmatische Handlungsmaximen erleichterten dem Zentrum 1918/19, sich schnell vom Schock der Revolution zu erholen und sich bewusst auf den Boden der Republik zu stellen.

„Das Zentrum hat uns den Weg gewiesen, auf dem wir endlich unsere Eigenart politisch und kulturell nachleben können, das Zentrum hat uns diese Möglichkeit gegen rechts und links erstritten, nur dem Zentrum dürfen wir vertrauen.“, hieß es in einem Wahlauf Ruf vom 13. Februar 1921 an die Katholiken.<sup>6</sup> Im Gegensatz zur tiefen Verunsicherung, die das Verschwinden der Monarchie im evangelischen Deutschland hervorrief, war der monarchische Gedanke bei vielen Zentrumsanhängern diskreditiert.<sup>7</sup>

Die Mitarbeit an der neuen demokratischen Politik von Weimar betrachtete man als staatsbürgerliche Pflicht. Bei der Neuordnung nach der Revolution, die der Katholizismus nicht gewollt und bejaht hatte, waren Ziele erreicht worden, die lange utopisch schienen.<sup>8</sup> Das Zentrum verblieb zwar auch in der Weimarer Republik in einer Minderheitensituation. Seine Ziele konnte es deshalb auch nur im Bündnis mit anderen Parteien zu erreichen suchen. So war beispielsweise in der 1919 gebildeten Reichsregierung neben den Sozialdemokraten und Linksliberalen auch das Zentrum beteiligt. Angesicht der Mehrheitsverhältnisse im Reichstag war es erstaunlich, dass Katholizismus und katholische Kirche nun die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung erreicht hatten.

Die mit Annahme der Reichsverfassung 1919 geschaffene Legitimitätsgrundlage der Republik enthielt staatsbürgerliche und kirchliche Grund- und Freiheitsrechte, verfügte keine Trennung

---

<sup>5</sup> Vgl. Rudolf Morsey, Der Untergang des politischen Katholizismus. Die Zentrumspartei zwischen christlichem Selbstverständnis und „nationaler Erhebung“ 1932/33, Stuttgart-Zürich 1977, 13.

<sup>6</sup> Thüringer Volkswacht, 13.2. 1921.

<sup>7</sup> Vgl. Kurt Nowak, Geschichte des Christentums in Deutschland. Religion, Politik und Gesellschaft vom Ende der Aufklärung bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts, München 1995, 205-208.

<sup>8</sup> Vgl. Heinz Hürten, Kurze Geschichte des deutschen Katholizismus 1800-1960, Mainz 1986, 188.

von Staat und Kirche, sicherte den Bestand der Länder und ließ die überkommene Eigentumsverfassung unangetastet. Die Bekenntnisschule der Gemeinschaftsschule gleichzusetzen gelang dagegen nicht.<sup>9</sup>

Das Maximum an Freiheitsrechten, die Reichsverfassung und Republik enthielten bzw. praktizierten, fand nicht die Zustimmung aller Katholiken. Vor allem katholische Akademiker und bürgerliche Kreise hatten sich weitgehend mit dem Kaiserreich identifiziert. Sie übten Kritik an der Revolution und stellten sich mehr auf den Boden der Tatsachen, als dass es zu einer inneren Bejahung der Republik gekommen wäre. Beispielhaft zeigen sich diese Divergenzen beim Münchner Katholikentag 1922. Während sich Kardinal Michael Faulhaber (1869-1952) dazu hinreißen ließ, die Novemberrevolution als „Meineid und Hochverrat“<sup>10</sup> zu bezeichnen und die Weimarer Verfassung und die Zentrumspolitiker kritisierte, plädierte der Präsident desselben Katholikentages, der damalige Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer (1876-1967), für die Anerkennung der gegebenen Tatsachen.

In der gesamten Zeit der Weimarer Republik besaß das Zentrum eine starke Position. Aber angesichts der außenpolitischen Belastungen und wirtschaftlichen Krisen („strukturelle Dauerkrise“) bedeutete Regierungsverantwortung nicht Teilhabe an der Macht, sondern an höchst unpopulärer Verantwortung.

Der Aufstieg des Nationalsozialismus war im Zentrum mit Besorgnis registriert, zunächst aber nicht als staatsgefährdend eingestuft worden. Erst nach den überraschenden Erfolgen der NSDAP im Winter 1929/30 begann eine systematische Auseinandersetzung mit Ziel und Programm der Partei.

Nach dem Sturz Reichskanzler Brüning, als Konsequenz aus dem Wahlsieg der NSDAP 1932 und aus Empörung über dessen Nachfolger Franz von Papen, einem früheren Zentrumsmitglied, der als Verräter galt, beabsichtigte man eine Mehrheitsbildung mit Deutschnationalen und Nationalsozialisten, um diese in der Regierungsverantwortung zu zähmen. Die Koalitionsverhandlungen wurden von der BVP unterstützt, allerdings auch von vielen Zentrumsanhängern mit Skepsis verfolgt. An unüberbrückbaren Gegensätzen scheiterten die Verhandlungen. Auch die Hoffnung auf eine Spaltung und damit Schwächung der NSDAP erfüllten sich nicht. Im Winter 1932/33 formulierte das Zentrum als Zielstellung: Bildung einer „Nationalen Sammlung“ als Voraussetzung für die Überwindung der Staatskrise und der Wirtschaftsnot. Die als Interimslösung gedachte „Nationale Sammlung“ zur Überwindung der Krise kam wenig später auch zustande, allerdings auf eine andere als die angestrebte Art und

---

<sup>9</sup> Vgl. Rudolf Morsey (Hrsg. und Bearb.) *Katholizismus, Verfassungsstaat und Demokratie. Vom Vormärz bis 1933* (Beiträge zur Katholizismusforschung, Reihe A: Quellentexte zur Geschichte des Katholizismus Band 1), Paderborn-München-Wien-Zürich 1988, 11-26.

<sup>10</sup> Ludwig Volk (Bearb.), *Akten Kardinal Michael von Faulhaber 1917-1945*, 2 Bde. Mainz 1975. Bd. I 261 und 275.

Weise: durch Ernennung Hitlers zum Reichskanzler einer Rechtskoalition am 30. Januar 1933.<sup>11</sup> Nach Hitlers Machtübernahme war auch die Deutsche Zentrumspartei unter den Getäuschten.

Nach 1945 fanden die Mitglieder und Anhänger dieser Parteien ihre politische Heimat in den interkonfessionellen Unionsparteien. Die Erinnerung an die bedeutsame Rolle des politischen Katholizismus mag deshalb auch heute so verblast sein.

## 2. Preußisches Thüringen – eine wertende Bestandsaufnahme

Preußen kam seit 1802 in Besitz ehemals mainzischer und reichsstädtischer Gebiete. Die einstigen Reichsstädte Mühlhausen und Nordhausen wurden zu preußischen Landstädten, Erfurt wurde 1816 Bestandteil der Provinz Sachsen und Verwaltungszentrum des neu gebildeten Regierungsbezirkes Erfurt. Er umfasste neben den seit 1802 erworbenen auch die vom Königreich Sachsen an Preußen abgetretenen Gebieten um Langensalza, Suhl, Schleusingen, die Grafschaft Hohenstein, Weißensee und Ziegenrück. Der neue Regierungsbezirk Erfurt, zu dem die heute zum Freistaat Thüringen zählenden Teile des preußisch regierten Thüringen 1816 zusammengefasst wurden, war mit zunächst knapp 300 000 Einwohnern nicht nur einer der kleinsten der preußischen Monarchie, sondern vor allem auch der buntscheckigste und territorial zerrissenste Regierungsbezirk Preußens. „Er grenzte an vierzehn andere deutsche Bundesstaaten und besaß mit Schleusingen und Ziegenrück weit außerhalb liegende Teile. Darüber hinaus wies dieser zusammen gewürfelte, vor 1802 nie mit Preußen in Verbindung stehende Bezirk bei der preußischen Besitzergreifung nicht weniger als acht unterschiedliche Verwaltungs- und Gesetzesordnungen auf.“<sup>12</sup> Dieser Regierungsbezirk unterstand aber nicht nur der preußischen Staatsregierung, sondern auch den provinzsächsischen „Hauptstädten“ Magdeburg und Merseburg. Magdeburg war seit 1816 Sitz des Oberpräsidenten. In Merseburg tagte seit 1825 der Provinziallandtag und hier war seit 1875 der Sitz der in ihren Rechten erheblich erweiterten Provinzielselbstverwaltung. Diese Struktur wurde bis in die NS-Zeit beibehalten. Spricht man vom preußischen Thüringen, wird man diese Strukturen vor Augen haben müssen, wenn etwa vom Provinziallandtag in Merseburg die Rede ist. Laut Heinrich von Treitschke war die aus den Regierungsbezirken Erfurt, Magdeburg und Merseburg zusammengesetzte preußische Provinz Sachsen „ein wunderliches Gewirr von 32 größeren und

---

<sup>11</sup> Vgl. Rudolf Morsey, *Der Untergang des politischen Katholizismus. Die Zentrumspartei zwischen christlichem Selbstverständnis und „nationaler Erhebung“ 1932/33*, Stuttgart-Zürich 1977, 142ff.

<sup>12</sup> Hans-Werner Hahn, „Die Spinne im Kleinstaatennetz“. *Preußische Herrschaft in Thüringen im 19. Jahrhundert*, in: Harald Mittelsdorf: *Das preußische Thüringen. Abhandlungen zur Geschichte seiner Volksvertretungen*. Hrsg. vom Thüringer Landtag Erfurt (Schriften zur Geschichte des Parlamentarismus in Thüringen 17), Erfurt 2001, 47-76, hier 53.

unzähligen kleineren Territorien“.<sup>13</sup> Für die Thematik von größerem Interesse ist lediglich das katholische Eichsfeld und, mit Einschränkung, die fünf katholischen Küchendorfer um Erfurt. In diesem komplexen Konglomerat „preußisches Thüringen“ hatte sich das ökonomisch wenig potente Eichsfeld zu behaupten, das wegen seiner fast ausschließlich katholischen Bevölkerungsstruktur aus dem Rahmen fiel. In der „preußischen Zeit“ des Eichsfeldes zwischen 1802 und 1945 fühlte sich die katholische Bevölkerungsmehrheit nicht adäquat in Verwaltung und Ämtern vertreten.<sup>14</sup> So gab es zwischen 1802 und 1945 keinen katholischen und im Eichsfeld beheimateten Landrat.<sup>15</sup> Belastet war das Verhältnis zur Regierung durch den preußischen Kulturkampf zwischen 1871 und 1887.

Nach der Novemberrevolution von 1918 stimmte die Mehrheit der Abgeordneten des Landtags gegen eine Vereinigung mit Thüringen und sprach sich für die weitere Zugehörigkeit zu Preußen aus.<sup>16</sup> Von den damals 139 Mitgliedern des Landtages gehörten allerdings nur drei dem Zentrum an.<sup>17</sup> Für die Eichsfelder Bevölkerung der preußischen Provinz Sachsen stellte sich nicht die Frage nach dem Anschluss an den Freistaat Thüringen; vielmehr wollte die Bevölkerung mit dem zur preußischen Provinz Hannover zählenden Teil des Ländchens wieder zusammenkommen. Denn Heiligenstadt und Worbis gehörten zur Provinz Sachsen, Duderstadt zur gleichfalls preußischen Provinz Hannover. Allerdings blieben diese Versuche nach „Wiedervereinigung“ vergeblich. Wegen dieser Sachlage war die Eichsfelder Bevölkerung an den Bestrebungen eines mitteldeutschen „großthüringischen“ Staates nicht interessiert.<sup>18</sup>

---

<sup>13</sup> Heinrich von Treitschke, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert II, Berlin 1892, 258.

<sup>14</sup> Zur Bevölkerung und ihrer Konfession vgl. für den Kreis Heiligenstadt Karl Paul Haendly, Das kurmainzische Fürstentum Eichsfeld im Ablauf seiner Geschichte, seine Wirtschaft und seine Menschen 897 bis 1933, Duderstadt 1996, 741f. (1890 von 38.319 Einwohnern waren 35.084 katholisch, 3.165 evangelisch und 70 gehörten einer anderen Konfession an [mosaischen Glaubens]).

<sup>15</sup> Vgl. Aloys Schaefer, Lebensbericht. Landrat im Eichsfeld – Zeuge der Besatzungszeit, Heiligenstadt <sup>2</sup>1994, 51: „Zum ersten Male seit dem Anschluß des Eichsfeldes an Preußen 1802 gab es einen katholischen und hier beheimateten Landrat.“

<sup>16</sup> Vgl. Matthias Tullner, Parlamentarismus und Wahlverhalten im Preußischen Wahlbezirk Erfurt, in: Mittelsdorf, Thüringen, 77-93, hier 88. Zur preußischen Regierung gegen „großthüringische Pläne“ vgl. auch Hans Eberhardt, Thüringens staatliche Einheit in Vergangenheit und Gegenwart, in: Mittelsdorf, Parlamentarismus, 107-121, hier 112.

<sup>17</sup> Vgl. Tullner, Parlamentarismus 88, Anm. 21.

<sup>18</sup> Vgl. LHA Magdeburg, Rep. C 20 I b Nr. 57: Acta betreffend Eichsfeld (1919-1932) [unpaginiert], hier Schreiben aus Mühlhausen an Regierungsrat Dr. Nollau Magdeburg vom 3.11.1919: Anbei ein Artikel aus der Zeitung „Eichsfeldia“, „die einen Anschluß des Eichsfeldes an einen zu gründenden Weststaat fordern“. [Art beigefügt]. Schreiben Landrat, datiert Worbis, 17.11.1919, bzgl. „Abwehr großthüringischer Bestrebungen“: „Das Abflauen der Bestrebungen, die einen politischen Anschluß des Eichsfeldes an die Provinz Hannover zum Ziele hatten, ist auf den Verzicht der Einbeziehung des Eichsfeldes in ein Großthüringen zurückzuführen. Seitdem die Gefahr Großthüringens für das Eichsfeld verschwunden scheint, ist es auch in der Presse, namentlich der katholischen, hinsichtlich des Anschlusses an Hannover oder Westfalen still geworden.“ Der Vorsitzende des Kreisausschusses schrieb von Heiligenstadt am 27.11.1919 an den Oberpräsidenten über den Erfurter Regierungspräsidenten: „... berichte ich, daß ich von der Bewegung [für Großthüringen] nichts wieder gehört habe, seitdem ich nach der ersten großen Weimarer Besprechung in der Presse bekannt gab, daß eine Vereinigung des Eichsfeldes mit dem geplanten Groß-Thüringen nicht in Frage komme.“

Zur Gründung des Freistaates Thüringen kam es erst 1920: Es werden die „Länder Sachsen-Weimar-Eisenach, Sachsen Meiningen, Reuß, Sachsen Altenburg, Sachsen-Gotha, Schwarzburg-Rudolstadt und Schwarzburg-Sondershausen mit Wirkung vom 1. Mai 1920 ab zu einem Lande Thüringen vereinigt. Damit war der von so vielen ersehnte Staat Thüringen in das Leben getreten. Das Koburger Land war zu Bayern abgesprungen, das Kernland Thüringens, die Erfurter Gegend war bei Preußen verblieben. Sachsen-Meiningen hatte sich nur gegen Gewährung besonderer Vorteile zum Anschlusse bequemt.“<sup>19</sup>

Wie in der Zeit des Kaiserreiches blieb das Eichsfeld aufgrund seiner katholischen Bevölkerung eine Hochburg des Zentrums. „Seit der Gründung der deutschen Zentrumspartei 1870 wurde das Eichsfeld ununterbrochen im preußischen Landtag und im Reichstag von Abgeordneten der Zentrumspartei vertreten.“<sup>20</sup> Die katholische Enklave entsandte durchgehend Zentrumsabgeordnete ins Merseburger Regionalparlament wie auch in den Berliner Landtag (vor 1918 Preußisches Abgeordnetenhaus) bzw. in den Reichstag. Die Einzigartigkeit und Besonderheit dieser Position des Zentrums im Eichsfeld macht ein Vergleich mit dem benachbarten Thüringer Landtag deutlich. Bei der Landtagswahl am 20.6.1920 zur I. Wahlperiode wählten von 915.422 Wahlberechtigten aus 663.787 abgegebenen Stimmen ganze drei Personen die deutsche Zentrumspartei.<sup>21</sup> Bei der folgenden Wahl am 11.9.1921 erlangte das Zentrum mit 7.354 Wählern 1,1 % der Stimmen.<sup>22</sup> Erst bei der Wahl am 8.12.1929 zur V. Wahlperiode erlangte das Zentrum mit 9.651 Stimmen 1,2 % der Stimmen, bei der Wahl am 31.7.1932 zur sechsten Wahlperiode zusammen mit der Deutschen Staatspartei mit 16.745 Wählern 1,8 % der Stimmen und konnte damit sogar erst- und einmalig einen Abgeordneten, Dr. Rudolf Jobst, in den Landtag entsenden.<sup>23</sup> Die Zentrumspartei war also in Thüringen eine unbedeutende Splitterpartei.

Ähnlich galt dies für das Eichsfeld im preußischen Regierungsbezirk Erfurt der Provinz Sachsen. Denn das Zentrum erlangte zwar immer in den eichsfeldischen Wahlkreisen Heiligenstadt und Worbis wie in den 17 katholische Dörfern des Landkreises Mühlhausen Land überproportional hohe Ergebnisse, allerdings wurde die Partei außerhalb des Eichsfeldes und das hieß von der Bevölkerungsmehrheit der Provinz Sachsen nicht unterstützt.

---

<sup>19</sup> Thüringer Volkswacht, 3.9.1921.

<sup>20</sup> Haendly, Fürstentum 735.

<sup>21</sup> Vgl. Bernhard Post / Volker Wahl (Hrsg.) / Dieter Marek (Redaktion), Thüringen-Handbuch. Territorium, Verfassung, Parlament, Regierung und Verwaltung in Thüringen 1920 bis 1995 (Veröffentlichungen aus thüringischen Staatsarchiven 1), Weimar 1999, 239.

<sup>22</sup> Vgl. Post/Wahl, Thüringen-Handbuch 241.

<sup>23</sup> Vgl. Post/Wahl, Thüringen-Handbuch 246, 248f.

Innerhalb dieser Zentrums-Loyalität des Eichsfeldes ist auf ein bedeutsames Phänomen hinzuweisen.<sup>24</sup> Bei der Kommunalwahl in Heiligenstadt von 1929 wurde auf Betreiben des lokalen „Bürgervereins“ eine unabhängige Liste von bürgerlichen Gewerbetreibenden gegen das Zentrum als herrschende Rathauspartei aufgestellt. Diese Bürgerliste vereinte auch sofort 31,3 Prozent der Stimmen auf sich, wohingegen das Zentrum eine herbe Niederlage einstecken musste und mit 44,4 Prozent die angestammte absolute Mehrheit verlor. Hinter diesem Ergebnis verbarg sich eine wachsende Unzufriedenheit mit der städtischen Abgaben- und Gewerbepolitik, die dem wirtschaftlich unter Druck geratenen Mittelstand zunehmend Sorgen bereitete. Vom „Staatssozialismus“ des Zentrums war die Rede, der sich in einer überzogenen Kommunalbesteuerung zu äußern schien. Eine deutliche Abneigung gegen die Zentrumsführung, in der vor allem Beamte und Gewerkschafter die Wortführer waren, lässt sich ausmachen. Beim Wahlvolk jedenfalls stieß die Bürgerliste auf Resonanz. Vor allem konnte sie, ebenso gut wie das Zentrum, für sich beanspruchen, für die Katholiken zu sprechen. Mag auch mehr wahltaktisches Verhalten als katholische Gesinnungstreue das Motiv gewesen sein, der kommunalpolitische Erfolg war offenkundig. Da fast alle Kandidaten der Liste katholisch waren, der Spitzenkandidat sogar Mitglied des Kirchenvorstandes der St. Marien-Pfarrei, konnte um so leichter der Eindruck erweckt werden, es handle sich um eine zweite katholische Partei. Auch wenn bei überregionalen Wahlen die Vertreter der neuen Liste noch für das Zentrum stimmten, hatten sich die Bindungen an eine bestimmte katholische Partei merklich gelockert. Offenkundig wurde nun auch im Eichsfeld, dass der Katholizismus nicht durch die Zentrumspartei vertreten wurde und die Partei an Ansehen und Einfluss verloren hatte. Bisher gibt es keine Darstellung des politischen Engagements der Eichsfelder in der Deutschen Zentrumspartei nach 1918. Wegen dieses Desiderates soll lediglich ein Überblick über Wahlergebnisse, Namen der Parlamentarier der Zentrumspartei im Reichstag sowie in den Land- und Kreistagen gegeben werden.

## 2.1 Deutscher Reichstag und Preußischer Landtag in Berlin

Nach der Reichsgründung 1871 verlagerte sich das Schwergewicht des politischen Lebens in den thüringischen Staaten ebenso wie in Preußen zunehmend auf den Reichsparlamentarismus. „Er wurde ausschlaggebend für die parteipolitische Positionierung der politisch aktiven Kräfte, und die Reichstagswahlen wurden zum Hauptvehikel einer bisher nicht vorstellbar gewesenen Intensität der Einbeziehung breiter Volkskreise in das politische Leben. Die innenpolitischen Streitfragen und Konflikte des Reichs und deren Entwicklung prägten auch die

---

<sup>24</sup> Vgl. zum Folgenden: Dietmar Klenke, Das Eichsfeld unter den deutschen Diktaturen. Widerspenstiger Katholizismus in Heiligenstadt, Duderstadt 2003, 17f.



politische Landschaft Thüringens. [...] Die Landtage traten demgegenüber immer mehr in den Hintergrund.<sup>25</sup> Dieser Befund für die Zeit vor der „Novemberrevolution“ gilt auch für die Periode der „Weimarer Republik“.

Der unterschiedlich benannte bzw. gezählte Wahlkreis „Eichsfeld“ stellte jeweils einen Abgeordneten für den Berliner Reichstag. Reichstagsabgeordnete des Zentrums waren:

- 1912-1918 (Wahlkreis Heiligenstadt-Worbis (= Erfurt 2): Karl Poppe (10.9.1863 Heiligenstadt-3.8.1932 Heiligenstadt), Pfarrer in Mengelrode b. Heiligenstadt.<sup>26</sup>
- 1920-1924 (Wahlkreis 13: Thüringen): Karl Poppe.
- 1925-1928 (Wahlkreis 12 Thüringen): Andreas Huke (1876-1962), Gewerkschaftssekretär in Heiligenstadt.<sup>27</sup>
- 1928-1929: Wilhelm Marx (1863-1946), 1910-1932 Mitglied des Reichstages, 1921-1928 Vorsitzender des Zentrums, November 1923-Dezember 1924 Reichskanzler, Februar-April 1925 preußischer Ministerpräsident, Mai-Juni 1928 Reichskanzler.<sup>28</sup>
- Juli 1932-November 1933: Joseph Pradel (1888-1967), Studienrat in Heiligenstadt.<sup>29</sup>

Bei der Reichstagswahl 1933 entfielen im Eichsfelder Wahlkreis Heiligenstadt 63,1%, im Wahlkreis Worbis 52,9% der Stimmen auf das Zentrum, die NSDAP bekam im Kreis Heiligenstadt 21,9, in Worbis 29,0% der Stimmen. Somit wuchs die Zahl der NSDAP-Wähler im Eichsfeld unterproportional; es gab keine wirkliche Chance sowohl für NSDAP wie für Sozialisten oder Kommunisten. Das Eichsfeld war damit der einzige Wahlkreis in Mitteldeutschland, in denen NSDAP und KPD zusammen lediglich um die 30 Prozent der Stimmen erlangten.<sup>30</sup> Am 8. April 1933 erklärte der Reichstagsabgeordnete und Vorsitzende des thüringi-

---

<sup>25</sup> Herbert Gottwald / Gerhard Müller, Zur Geschichte des Parlamentarismus in Thüringen. Ein Abriß, in: Mittelsdorf, Parlamentarismus, 8-41, hier 20.

<sup>26</sup> Vgl. Bernd Haunfelder, Reichstagsabgeordnete der Deutschen Zentrumspartei 1871-1933. Biographisches Handbuch und historische Photographien (Photodokumente zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 4), Düsseldorf 1999, 232; Lengemann, Abgeordnete 116 (dort als Pfarrer von St. Marien in Heiligenstadt 1912-1932 bezeichnet).

<sup>27</sup> Vgl. Haunfelder, Reichstagsabgeordnete 323; M.d.R. 300.

<sup>28</sup> „Heiligenstadt. 30.6.1928. Reichskanzler a.D. Marx erfreute Heiligenstadt mit seinem Besuch. In langen von Beifall unterbrochenen Ausführungen über Tagesfragen fesselte er die Zuhörer und versprach recht häufig zu den Versammlungen in seinem Wahlkreis zu erscheinen.“ Bunte Chronik vom Eichsfelde. Vom 1. Juli 1928 bis zum 30. Juni 1929. In: Mein Eichsfeld 6 (1930) 101-107, hier 101; 102 („Am 20. Januar [1929] sprach Reichstagsabgeordneter Dr. Marx, Reichskanzler a.D. in einer öffentlichen Versammlung in Worbis.“) und 103 („Dingelstädt. ... Am 19. Januar sprach Reichstagsabgeordneter Marx im Saale des Deutschen Hauses.“) zu weiteren Besuchen im Eichsfeld. – Zur Person vgl. Rudolf Morsey, Marx, Wilhelm, in: LThK, Bd. 7. Freiburg <sup>2</sup>1962, 141; Wolfgang Elz, Marx, Wilhelm, in: Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon 5, Herzberg 1993, 971-973.

<sup>29</sup> Vgl. Haunfelder, Reichstagsabgeordnete 343. Erwähnt auch bei Schaefer, Lebensbericht 20: „1922-1945 Studienrat in Heiligenstadt; Vorsitzender der thüringische Zentrumspartei, Mitglied d. Reichsparteiausschusses der Deutschen Zentrumspartei und Mitglied im Vorstand der preußischen Zentrumspartei; wurde in der NS-Zeit nicht verfolgt; nach dem Mai 1945 weiterhin Studienrat, im Juli 1945 nach der Übergabe Thüringens an die russischen Militäradministration Entlassung aus dem Schuldienst, danach arbeitslos, sollt 1949 für die Ost-CDU in die Volkskammer gewählt werden, lehnte dies aber ab und tauchte danach unter ...“; M.d.R. 441.

<sup>30</sup> Vgl. Josef Pilvousek / Andrea Wilke, Die katholische Kirche, in: Karl Schmitt (Hg.), Thüringen eine politische Landeskunde, Weimar-Köln-Wien 1996, 201-217, hier 205. Nach Schaefer, Lebensbericht 159, hätte das Zen-

schen Zentrums Pradel auf einer sächsischen Zentrumstagung im Zusammenhang mit dem positiven Echo der Partei auf den ungenannten, aber wohl auf Prälat Kaas zurückgehenden Zeitungsartikel „Der Weg des Zentrums“, der für die Mitgestaltung der Partei im NS-System warb, das Zentrum entfalte eine Bremswirkung „als Vertreterin des Rechtsgedankens auch im neuen Staat“.<sup>31</sup> Allerdings kam das Zentrum reichsweit nur auf 13,9 Prozent der Stimmen und konnte aus dieser Position heraus kaum mehr das Zünglein an der Waage sein.

[Darüber hinaus wären noch weitere Eichsfelder in der Zentrumspartei zu erwähnen; sie machten allerdings außerhalb ihrer Heimat Karriere in der Partei. Anton Rheinländer (1866 Geisleden / Kreis Heiligenstadt-1928 Berlin)<sup>32</sup> gehörte dem Reichstag 1919-1920 als Vertreter des Wahlkreises „Regierungsbezirk Arnshagen“ und 1920-1928 als Repräsentant des Wahlkreises Westfalen-Süd an. Zugleich war er 1924-1928 Mitglied im Vorstand der preußischen Zentrumspartei. Der in Hüpstedt geborene und im Heiligenstädter Lehrerseminar ausgebildete Karl Dietrich (1881-1965) wirkte ab 1917 als Schulrektor in Kassel und wurde 1921 Vorsitzender des Zentrums in Nordhessen.<sup>33</sup>

Der am 24. Juli 1867 in Kallmerode geborene und in Heiligenstadt ausgebildete Präparandenlehrer Emil Dietrich wirkte als solcher ab 1900 in Halle und war seit 1904 Parlamentarier, u. a. Landtagsabgeordneter.<sup>34</sup> Der am 15. Juli 1880 zu Fuhrbach, Kreis Duderstadt, geborene Franz Ehrhardt war 1905 Gewerkschaftssekretär im Zentralverband der christlichen Bauarbeiter, dann Parlamentarier zu Kattowitz und Ratibor, 1926 Dezernent für Presse und Statistik in der ober-schlesischen Provinzverwaltung, Mitglied der Weimarer Nationalversammlung und des Reichstags.<sup>35</sup>]

Die Bedeutung Eichsfelder Abgeordneter im Preußischen Landtag<sup>36</sup> ist derzeit noch gänzlich unerforscht.<sup>37</sup> Erhalten hat sich ein an den Landeshauptmann der Provinz Sachsen in Merseburg gerichteter Brief vom „Landessekretariat der preußischen Zentrumspartei Berlin W 9, den 7. Juni 1921“, worin es heißt: „Im Auftrage der Zentrumsfraktion des Preußischen Landtages erlaube ich mir die Bitte vorzutragen, der Fraktion mit möglichster Beschleunigung das Abstimmungsresultat über die letzten Provinziallandtagswahlen zugänglich zu machen und zwar, wenn es möglich wäre, in der Aufstellung getrennt nach den einzelnen Kreisen. Es han-

---

trum mehr als zwei Drittel der Stimmen erlangt. Dies galt für die Kreistagswahlen, bei denen das Zentrum auf über 66 Prozent kam.

<sup>31</sup> Morsey, Untergang, 164; Morsey, Zentrumspartei, 374. Pradel war Vorsitzender des thüringischen Zentrums.

<sup>32</sup> Vgl. Haunfelder, Reichstagsabgeordnete 346; Bernhard Opfermann, Gestalten des Eichsfeldes. Ein biographisches Lexikon, bearb. von Thomas Müller, Gerhard Müller, Heinz Scholle, Heiligenstadt 1999, 281.

<sup>33</sup> Vgl. Opfermann, Gestalten, 68.

<sup>34</sup> Vgl. Opfermann, Gestalten, 67.

<sup>35</sup> Vgl. Opfermann, Gestalten, 82.

<sup>36</sup> Zur Zentrumsfraktion in den preußischen Landtagen 1919-1933 vgl. Horst Moeller, Parlamentarismus in Preußen 1919-1932, Düsseldorf 1985, 277-282.

<sup>37</sup> Vermutlich gehörte der Lehrer Emil Dietrich in Halle (Saale), der für die „Eichfelder Liste“ kandidierte, dem preußischen Landtag an; vgl. Thüringer Volkswacht 22.1. 1921, Wahl zum preußischen Landtag (Liste Dietrich).

delt sich also um die auf die einzelnen Parteien in den Kreisen entfallenden Stimmen, um die Zahl der Mandate im Regierungsbezirke und die Verteilungsziffer des Regierungsbezirkes, ferner um die Verteilung der Mandate auf die Parteien.“<sup>38</sup> Auf das Schreiben des Generalsekretärs der preußischen Zentrumspartei Dr. Florian Klöckner gab der Landeshauptmann am 11. Juni 1921 eine positive Antwort im gewünschten Sinne.

Die Zentrumsfraktion wurde von den rheinischen und westfälischen Abgeordneten dominiert, die Vertreter des Eichsfeldes bzw. des entsprechenden Wahlkreises spielten sehr wahrscheinlich nur eine untergeordnete oder gar keine Rolle.

Neben dem Berliner Reichstag und dem Preußischen Landtag in Berlin, in denen wohl jeweils nur ein Abgeordneter aus dem unterschiedlich benannten bzw. gezählten Wahlkreis „Eichsfeld“ vertreten war, verdient vor allem der Provinziallandtag Beachtung.

## 2.2 Provinziallandtag der preußischen Provinz Sachsen in Merseburg<sup>39</sup>

Der Provinziallandtag trat seit 1920 jährlich zusammen, in den Jahren 1922, 1924 und 1926 sogar zweimal. „Im Zusammenhang damit erfolgte die Feststellung des Haushaltsplanes im Gegensatz zu früher für einjährige Etatsperioden.“<sup>40</sup> Durch die Vertretung im Staatsrat wie im Reichsrat wurde den Provinziallandtagen ein wichtiger Einfluss eingeräumt.<sup>41</sup>

1919 waren unter 139 Abgeordneten des Provinziallandtages drei Vertreter des Zentrums.<sup>42</sup> „Auf der Grundlage der preußischen Staatsverfassung von 1920 wurde das Gesetz betreffend die Wahlen zum Provinziallandtag und den Kreistagen vom 3. Dezember 1920 geschaffen. Danach wurde nunmehr die allgemeine, gleiche, unmittelbare und geheime Wahl eingeführt. Damit war der Provinziallandtag ein wirklich demokratisches Parlament. Wegen dieser Veränderungen wurde bereits im Frühjahr 1921 auf der genannten Basis ein neuer Provinziallandtag gewählt. Da es eine neue Wahlkreiseinteilung gab, die die Einwohnerzahlen stärker berücksichtigte, waren nunmehr nur noch 110 Abgeordnete zu wählen. Davon wurden 19 in thüringischen Wahlbezirken gewählt. Die neue Wahlkreiseinteilung hatte zwar für den Regierungsbezirk zur Folge, dass sich die Zahl der hier zu wählenden Abgeordneten verringerte; der prozentuale Anteil von ca. 17 % der Abgeordneten blieb jedoch gewahrt.“<sup>43</sup> Unter diesen 110 Abgeordneten des 33. Provinziallandtag 1921 waren 5 Abgeordnete des Zentrums,<sup>44</sup> nämlich:

---

<sup>38</sup> LHA Magdeburg, Rep. 92 Nr. 51/1: Verschiedenes Provinziallandtag, fol. 164.

<sup>39</sup> Zum Merseburger Landtag ab 1920 (bis 1925) vgl. Hermann Giesau (Bearb.), Geschichte des Provinzialverbandes von Sachsen 1825-1925, Merseburg 1926, 77-85.

<sup>40</sup> Giesau, Geschichte 83.

<sup>41</sup> Vgl. Giesau, Geschichte 80.

<sup>42</sup> Vgl. Giesau, Geschichte 79.

<sup>43</sup> Tullner, Parlamentarismus 88.

<sup>44</sup> Vgl. Giesau, Geschichte 81.

[Nr.	Name	Stand	Wohnort	Wahlkreis]
1.	Dr. Breitenstein	Amtsgerichtsrat	Worbis	Worbis
2.	Dr. med. Kellner	prakt. Arzt, Sanitätsrat	Küllstedt	Mühlhausen Land
3.	Lorenz	Ökonomierat	Geismar	Heiligenstadt
4.	Schilling	Taubstummenlehrer	Halberstadt	Magdeburg
5.	Schmidt	Postdirektor	Halle	Halle. <sup>45</sup>

Mit fünf Abgeordneten bildete das Zentrum die kleinste Fraktion im Landtag. Die Deutschnationale Volkspartei zählte 23 Abgeordnete, die Deutsche Volkspartei 17 Abgeordnete, die Deutsche-Demokratische Partei 11 Abgeordnete, die SPD 25, die USPD 12 und die Vereinigte Kommunistische Partei 17.<sup>46</sup> Dem entsprach auch die Positionierung der Zentrumsvertreter bei der Sitzordnung im Landtag. Vor dem Rednerpult waren die Abgeordneten in zwei Reihen zu je vier Blöcken angeordnet. Die Zentrumsabgeordneten saßen in der zweiten Blockreihe im dritten Block von links bzw. zweiten Block von rechts ganz hinten. In der allerletzten Reihe saßen drei ihrer Abgeordneten, in der vorletzten Reihe zwei.<sup>47</sup> Diese Sitzordnung galt anscheinend auch in den folgenden Jahren. Während auf dem 45. Landtag 1930 die NSDAP von ihren acht Vertretern drei im ersten Sitzblock ganz rechts und vier im zweiten Sitzblock ganz rechts hatte, die jeweils ganz außen hintereinander saßen, befanden sich die Mitglieder des Zentrum weiterhin im hinteren Sitzblock und zwar im dritten Block von links. Sie nahmen die hinteren Plätze ein und hatten im Gegensatz zur NSDAP niemand in der „ersten Reihe“.<sup>48</sup> Offenbar entsprach diese „Zurücksetzung“ der Bedeutung, die man den Zentrumsabgeordneten beimaß. Auch aus den Akten lassen sich kaum parlamentarische Aktivitäten nachweisen. Nur in der „Gekürzte[n] Niederschrift über die Sitzung des Landtagsvorstandes am 10. April 1924, nach. 2 ¾ Uhr“ trug der „Antrag, der als Einspruch gegen die Gültigkeit der Wahl [des Landeshauptmannes] eingebracht worden ist, [...] die Unterschriften Claudius, Carlsson, Dr.

<sup>45</sup> Vgl. LHA Magdeburg, Rep. C 90 Sächsischer Provinzial-Landtag Nr. 652: Akten des Provinziallandtages des Provinz Sachsen betr. Angelegenheiten der einzelnen Fraktionen 1920, fol.8v. Vgl. Giesau, Geschichte 497, 498, 499, 500. – Laut LHA Magdeburg., Rep. C. 92 Nr. 719: Handakten des Bürodirektors, fol. 1f. (Verzeichnis der Abgeordneten des 34. Landtages der Provinz Sachsen vom 7.5.1922, hier Nr. 18, 54, 68) wohnte Dr. Breitenstein in der Bahnhofstr. 1 in Worbis, Dr. Kellner in der Dompropstei 1 in Küllstedt und Ökonomierat Lorenz im Gasthaus zum halben Mond in der Gotthardtstr. 38 in Heiligenstadt. Zwei weitere Zentrumsabgeordnete waren der Halberstädter Taubstummenlehrer Schilling und der Hallenser Oberpostdirektor Schmidt (Nr. 86, 88). Laut LHA Magdeburg, Rep. C. 92 Nr. 719: Handakten des Bürodirektors, fol. 8r-9v: Verzeichnis der Abgeordneten des 33. Landtages vom 13. April 1921, wohnte Dr. Kellner mittlerweile in der Gutenbergstr. 8. Zu Dr. Heinrich Kellner (1860-1928) vgl. auch Opfermann, Gestalten, 187.

<sup>46</sup> Vgl. LHA Magdeburg, Rep. C 90 Sächsischer Provinzial-Landtag Nr. 652: Akten des Provinziallandtages des Provinz Sachsen betr. Angelegenheiten der einzelnen Fraktionen 1920, fol.8r, 9r-10r.

<sup>47</sup> Vgl. LHA Magdeburg, Rep. C 90 Sächsischer Provinzial-Landtag Nr. 652: Akten des Provinziallandtages des Provinz Sachsen betr. Angelegenheiten der einzelnen Fraktionen 1920, fol.17v/18r.

<sup>48</sup> Vgl. LHA Magdeburg, Rep. C 90 Sächsischer Provinzial-Landtag Nr. 652: Akten des Provinziallandtages des Provinz Sachsen betr. Angelegenheiten der einzelnen Fraktionen 1920, fol. 21v/22r. – Allerdings war die Sitzordnung nicht immer gleichbleibend. LHA Magdeburg, Rep. C. 92 Nr. 719, fol. 3, saßen im 34. Landtag der Provinz Sachsen die fünf Zentrumsabgeordneten in der hinteren Blockreihe von links im vierten Block ganz rechts außen. In der letzten Reihe saßen Schmidt, Dr. Kellner und Lorenz, in der vorletzten Dr. Breitenstein und Schilling. Das Zentrum saß also ganz hinten und ganz außen.

Breitenstein, Trittel, Frhr. v. Wilmowski; es sind also 5 Unterschriften.<sup>49</sup> Dr. Breitenstein hatte wohl namens der Zentrumsfraktion unterschrieben. Während der Sitzungen des 32. Provinziallandtages vom 7. bis 13. März und vom 20. bis 23. April 1920 wurde Dr. Breitenstein nur aktenkundig, da er als Schriftführer amtierte und an mehreren Tagen die Rednerliste führte.<sup>50</sup> Am 14. April 1922 wurde Dr. Breitenstein offensichtlich in seiner Funktion als Fraktionsvorsitzender des Zentrums angefragt, ob die Fraktion vor Eröffnung des Landtages eine Fraktionssitzung abhalten wolle.<sup>51</sup> Der einzige bisher nachweisbare Antrag eines Zentrumsabgeordneten ist der Schillings zur Neuausfertigung der Ausweise der Abgeordneten.<sup>52</sup> Aufgrund ihrer geringen Fraktionsstärke waren die Zentrumsmitglieder auch nur äußerst schwach in den Ausschüssen vertreten und konnten auf die 19- bzw. 13-köpfigen Gremien kaum Einfluss ausüben. Im 34. wie im 35. Landtag von 1922 war Dr. Breitenstein im Haushaltsausschuss, Taubstummlehrer Schilling im Besoldungsausschuss und im Arbeitsamtsausschuss sowie Ökonomierat Lorenz im Rechnungsausschuss und im Elektrizitätsausschuss. Dr. Kellner und Oberpostinspektor Schmidt waren in keinem Ausschuss, das Zentrum war z.B. im Anstaltsausschuss oder im Feuersoziatätsausschuss nicht vertreten.<sup>53</sup> Beim 35. Landtag in der Zeit vom 30. Oktober bis zum 1. November 1922 war Dr. Breitenstein im Haushaltsausschuss, Ökonomierat Lorenz im Elektrizitätsausschuss und Taubstummlehrer Schilling im Ausschuss für die Vorbereitung des Wahl eines Landesrats und eines Landesbaurats.<sup>54</sup> Beim 36. Landtag in der Zeit vom 27. bis zum 31. Mai 1923 war das Zentrum, das mit kontinuierlich fünf Mitgliedern weiterhin die mit Abstand kleinste Fraktion im Landtag bildete, außer im Anstaltsausschuss mit je einem Mitglied in sieben von acht Ausschüssen, nämlich für Haushalt, Besoldung, Rechnung, Elektrizität, Feuersozietät, Kleinbahn und Arbeitsamt vertreten.<sup>55</sup> Beim 36. Landtag war die Zentrumspolitik in den acht Ausschüssen tätig, wobei die Abgeordneten Schilling (Besoldung, Arbeitsamt, Vorbereitung der Wahl eines Landrates)

---

<sup>49</sup> LHA Magdeburg Rep. C 90 Nr. 650: Akten des Provinziallandtages der Provinz Sachsen betreffend Geheime Verhandlungen 1920-1929, fol. 36r (Überschrift), 38r.

<sup>50</sup> Vgl. LHA Magdeburg, Rep. C 90, Nr. 685: Akten des Provinziallandtages des Provinz Sachsen betreffend Niederschriften über die Vollsitzungen des 32. Provinziallandtages vom 7. bis 13. März und 20. bis 23. April 1920, fol. 1v (unter den Schriftführern genannt). Die Rednerliste führte er laut fol. 60 (11.3.1920 ab nachmittags 3 Uhr), fol. 98 und fol. 120 (ebenso in der 32. Vollsitzung am 13.3.1920 vormittags 10 ½ Uhr), laut fol. 116r ebenso am 20.4. und gemäß fol. 207 ebenso am 23.4.1920 vormittags 8 ½ Uhr.

<sup>51</sup> Vgl. LHA Magdeburg, Rep. C. 92 Nr. 719, fol. 20r+v.

<sup>52</sup> Vgl. LHA Magdeburg, Rep. C. 92 Nr. 719, fol. 118r: Geschäftliche Mitteilungen zur 2. Vollsitzung des 35. Landtags der Provinz Sachsen am Dienstag, den 31. Oktober 1922 vormittags 9 Uhr. „Der Antrag Schilling betr. Neuausfertigung der Ausweiskarten für die Abgeordneten ist auf Beschluß des Landtagsvorstandes an den Provinzialausschuß zur Erledigung abgegeben. Die Meinung des Landtagsvorstandes geht dahin, dass dem Antrage stattzugeben ist.“

<sup>53</sup> Vgl. LHA Magdeburg, Rep. C. 92 Nr. 719: Handakten des Bürodirektors, fol. 4-5v.

<sup>54</sup> Vgl. LHA Magdeburg, Rep. C. 92 Nr. 719, fol. 69r-v.

<sup>55</sup> Vgl. LHA Magdeburg, Rep. C. 92 Nr. 719, fol. 36. Von 110 Abgeordneten gab es außer dem Zentrum 40 Abgeordnete der Bürgerlichen Vereinigung, 37 der SPD, 17 der Kommunistischen Partei sowie 11 „Demokraten“.

und Lorenz (Rechnungsausschuss, Elektrizität und Beaufsichtigung des Provinzialanstanlen) jeweils in drei Ausschüssen wirkten, Ökonomierat Kellner im Feuersozietätsausschuss und Dr. Breitenstein im Haushaltsausschuss; nur der Abgeordnete Schmidt gehörte keinem Gremium an.<sup>56</sup> Gelegentlich waren Zentrumsmitglieder Berichterstatter für Ausschüsse, so Dr. Breitenstein einmal für den Landesarmenverband<sup>57</sup> und der Taubstummenlehrer Schilling sogar mehrfach.<sup>58</sup>

Bei den Wahlen zum Provinzlandtag am 29. November 1925 entfielen von insgesamt 115 Sitzen vier auf das Zentrum. Im Regierungsbezirk Erfurt wurden drei Zentrumsabgeordnete gewählt: der in Geismar wohnende Ritterguts- und Mühlenbesitzer Edmund Lorenz für Heiligenstadt (1929 wiedergewählt; schon 1916-1918 hatte er den Wahlkreis Erfurt 2 für das Zentrum innegehabt), Karl Hengesbach für Worbis und Franz Huhnstock (1891-1965) für Mühlhausen.<sup>59</sup> Er wirkte ab 1911 als Lehrer in Effelder, 1923-1927 als Hauptlehrer in Wachstedt, 1927-1933 als Rektor in Heyerode. 1933 wurde er von den Nationalsozialisten als Rektor nach Ellrich strafversetzt.<sup>60</sup>

#### Provinziallandtagswahl vom 17. November 1929<sup>61</sup>

Gesamtzahl der Sitze für die Provinz:	Gesamtzahl	Magdeburg	Merseburg	Erfurt
	113	44	49	20
SPD	37	19	13	5
Deutschnationale Volkspartei	17	8	9	-
KPD	16	3	11	2
Deutsche Volkspartei	10	4	4	2
Deutsche Zentrumspartei	5	1	1	3
Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei 4		1	3	-
NSDAP (Hitlerpartei)	7	3	3	1

(Nicht angegeben wurden hier die Wahlergebnisse folgender Parteien: Deutsche Demokratische Partei, Deutschnationale Volkspartei und Landbund, Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei).)

<sup>56</sup> Vgl. LHA Magdeburg, Rep. C. 92 Nr. 719, fol. 165.

<sup>57</sup> Vgl. LHA Magdeburg, Rep. C. 92 Nr. 719, fol. 148.

<sup>58</sup> Vgl. LHA Magdeburg, Rep. C. 92 Nr. 719, fol. 175r: Schilling war Berichterstatter am 29. Mai 1929 nachmittags 2 Uhr zu TOP 3: „Einmalige Schlußberatung über die Vorlage des Provinzialausschusses betr. Vorläufige Änderung der Reglements der Ruhegehaltskasse sowie der Witwen- und Waisenversorgungsanstalt – Drucksache Nr. 14“. - Vgl. ebd. fol. 180 r: am 30.5. vormittags 10 Uhr war Schilling Berichterstatter beim „Bericht desselben Ausschusses über die ungedruckte Vorlage des P.A. betr. Bewilligung einer Beihilfe für den Hilfsverein für Taubstumme in der Provinz Sachsen und in Anhalt sowie über die Eingabe des Taubstummenhilfsvereins in der Provinz Sachsen und in Anhalt über die Gewährung einer Beihilfe“.

<sup>59</sup> Vgl. Tullner, Parlamentarismus 89 mit Anm. 26. Zusammen mit den Demokraten entsandte das Zentrum 8 Vertreter in den Landtag; vgl. Giesau, Geschichte 82.

<sup>60</sup> Zur Person vgl. Opfermann, Gestalten 170.

<sup>61</sup> Vgl. LHA Magdeburg, Rep. C 92, Nr. 745, fol. 10: „Feststellung und Bekanntmachung des Wahlergebnisses der Provinziallandtagswahl von Sachsen vom 17. November 1929“.

Trotz der überwältigenden Mehrheit in den eigenen Wahlkreisen konnte das Zentrum mit drei von 20 Sitzen für den Regierungsbezirk Erfurt bzw. mit fünf von insgesamt 113 Sitzen im Provinziallandtag nie eine bedeutende Rolle spielen. Vielmehr rangierte die Deutsche Zentrumspartei unter den kleinsten Splitterparteien. Bei der Landtagswahl vom 17. November 1929, bei der erstmals ein Vertreter der NSDAP in den Provinziallandtag von Sachsen einzog, sollen unter den 20 Abgeordneten für den Regierungsbezirk Erfurt drei Vertreter des Zentrums gewählt worden sein.<sup>62</sup>

Nr.	Name,	Beruf	Wohnort des Abgeordneten	Partei	Wahlbezirk
111	Lorenz, Edmund	Ökonomierat	Geismar	Zentrum	Heiligenstadt
112	Wiedemann, Alois	Arbeitersekretär	Mühlhausen, Jakobistr. 20	Zentrum	Mühlhausen-Land
113	Degenhardt, August	Landwirt	Bernterode	Zentrum	Worbis <sup>63</sup>

„Noch nach der Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland fanden in der Provinz Sachsen am 12. März 1933 Wahlen zum Provinziallandtag statt. Angesichts der allgemeinen Situation in Deutschland kam es zu einem Sieg der NSDAP mit 54 Mandaten. Von einer demokratischen Wahl konnte unter diesen Umständen nicht mehr gesprochen werden. Die SPD kam in einem Klima des Terrors und der Hetze noch auf 24 Mandate, die KPD auf 15, das Zentrum blieb bei 5 und die ‚Kampffront Schwarz-Weiß-Rot‘ erhielt 15.“<sup>64</sup> Im Regierungsbezirk Erfurt erlangte die NSDAP 9 Sitze, die SPD drei, die KPD zwei, das Zentrum drei und die ‚Kampffront‘ drei Sitze.<sup>65</sup> Das Zentrum hatte also seine Anhängerschaft zumindest im preußischen Thüringen nochmals mobilisieren können. „Von einer regulären Tätigkeit des Provinziallandtages konnte bei seinem Zusammentritt am 10. April 1933 keine Rede mehr sein. Landeshauptmann Hübener war mit Androhung physischer Gewalt zum Rücktritt gezwungen worden. Die Abgeordneten der KPD waren bereits nicht mehr zugelassen. Die NSDAP-Vertreter unterbanden noch im Jahre 1933 die weitere Tätigkeit des Landtages, indem sie auf dem Höhepunkt der Übergriffe am 30. Mai eine Schlägerei anzettelten. Der Landtag der Provinz Sachsen wurde nach diesem skandalösen Ende seiner Sitzungen nach 1933 nicht mehr einberufen.“<sup>66</sup>

### 2.3 Kreistage im Regierungsbezirk Erfurt

Die Zentrumspartei erlangte nur in vier von neun Kreisen des Regierungsbezirks Ergebnisse. Überraschend waren diese in den Kreisen Heiligenstadt und Worbis mit einer klaren Zweidrittelmehrheit, nämlich 16 von 24 Mandaten im Jahre 1925. Im Kreis Mühlhausen erlangte die

<sup>62</sup> Vgl. Tullner, Parlamentarismus 91 mit Anm. 29.

<sup>63</sup> Vgl. LHA Magdeburg, Rep. C 92, Nr. 745, fol. 13: Abgeordnete der Provinziallandtagswahl 1929.

<sup>64</sup> Tullner, Parlamentarismus 91.

<sup>65</sup> Vgl. Tullner, Parlamentarismus 92.

<sup>66</sup> Tullner, Parlamentarismus 92.

Partei nur ein Drittel der Mandate; diese gingen eindeutig auf den Wahlkreis „Mühlhausen Land“ zurück, der zum Teil zum Eichsfeld gehörte. In Erfurt kam das Zentrum nie auf eine nennenswerte Zahl von Mandaten. Alle anderen Parteien waren in den Eichsfelder Wahlkreisen bedeutungslos. In den beiden Eichsfelder Kreisen sowie im Kreis Mühlhausen erlangte die KPD keine Mandate; eventuell absorbierte sogar das Zentrum „linke“ Wählerkreise. In der Gesamtübersicht der Sitze im Regierungsbezirk Erfurt (34 von 189 Abgeordneten) sowie in der Provinz Sachsen (41 von 920 Sitzen) bestätigt sich einerseits die überragende Bedeutung des Eichsfelds für die Zentrumspartei in der Provinz Sachsen. Andererseits zeigt sich hier auch der allgemeine Befund, dass das Zentrum außerhalb des Eichsfeldes recht bedeutungslos war und daher weder im Regierungsbezirk noch in der Provinz jemals zu einer gestaltenden Kraft aufsteigen konnte. Im Regierungsbezirk Erfurt, zu dem das Eichsfeld gehörte, waren 21,2 % der Bevölkerung katholisch. Von diesen Katholiken wählten 1924 69,3 % das Zentrum und 1928 64,6%.<sup>67</sup> Die Statistiken über die das Zentrum wählenden Katholiken wurden nach Regierungsbezirken gegliedert. So erschienen die hohen Ergebnisse und die Geschlossenheit im Wahlverhalten in den Eichsfelder Wahlbezirken weder in den amtlichen Nachweisen noch haben diese Ergebnisse auf Provinzebene je dazu geführt, dass das Zentrum politisch gestaltend werden konnte.

## Resümee

Die kontinuierliche Überlegenheit des Zentrums im Eichsfeld beruhte auf der dominierenden Rolle der katholischen Kirche in diesem Gebiet und auf deren organisatorischer und ideeller Unterstützung. „Das Bischöfliche Kommissariat Heiligenstadt war gleichsam der ‚Führungsmittelpunkt‘ der Partei. Vor allem durch den Einfluss auf Geistliche und Lehrer verfügte das Zentrum im Kreis Heiligenstadt über ungleich größere, sicherere und wirksamere Instrumente der Machtdurchsetzung als seine politischen Gegner.“<sup>68</sup> Unter diesen politischen Rahmenbedingungen wurden dem Zentrum lediglich innere Auseinandersetzungen gefährlich, wie bei der Kommunalwahl 1929, als in Heiligenstadt ein „Bürgerverein“ erfolgreich gegen das Zentrum antrat. Die Abnutzungserscheinungen der lange regierenden Zentrumspartei machten sich hier bereits auf lokaler Ebene bemerkbar. Die Zentrumsführung mit Beamten und Gewerkschaftlern stand einem selbständigen Mittelstandes gegenüber, der seine Loyalität, wenn es um wirtschaftliche Fragen ging, aufzukündigen bereit war. Bei den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 allerdings hatte sich noch einmal gezeigt, dass das Zentrum als die „katholische Partei“ angesehen wurde, die der Kirche sowie den Bischöfen und ihren Appellen am

<sup>67</sup> Nächstes stand. Denn die Ergebnisse der katholischen Gebiete im Vergleich mit anderen Gebieten.  
Vgl. Johannes Schau, : Das Wahlverhalten der deutschen Katholiken im Kaiserreich und in der Weimarer Republik (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte. Reihe A: Quellen, Bd. 18), Mainz 1975, 198.

<sup>68</sup> Thomas Speckmann, Hugo Dornhofer. Biographische Studien 1896-1977, Rudolstadt-Jena 2003, 77.



sten stand. Denn die Ergebnisse der katholischen Gebiete im Vergleich mit anderen Gebieten in Nordthüringen wiesen einen überproportionalen Anteil für das Zentrum und eine klare Absage an die NSDAP auf. Kapital konnte aus diesen Ergebnissen für die politische Zukunft nicht geschlagen werden.

### **Literatur:**

Josef Pilvousek, Politischer Katholizismus im preußischen Thüringen (Zentrum-Eichsfeld), in: Kirchen und kirchliche Aufgaben in der parlamentarischen Auseinandersetzung in Thüringen vom frühen 19. bis ins ausgehende 20. Jahrhundert (Schriften zur Geschichte des Parlamentarismus in Thüringen 23), hrsg. v. H. Mittelsdorf, Weimar 2005, 155-175.

Josef Pilvousek, Die katholische Kirche vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart, in: Wolf, Hubert u.a. (Hg.): Ökumenische Kirchengeschichte Band 3: Von der Französischen Revolution bis 1989, Darmstadt 2007, 271-349.